Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

45 (22.2.1906) [Erstes Blatt]

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: ½10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags ½8—1 Uhr und nachmittags von 2—½7 Uhr.

Nr. 45. Karlsruhe, Donnerstag den 22. Februar 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der ungarische Reichstag

ist aufgelöst, von Militär bewacht das Gebäude und versiegelt alle Räume. Das ist das fürchterlich-jämmerliche Schicksal dieses Reichstags, den die mächtigste Majorität beherrschte, der den Anspruch erhob, den Willen der Nation am reinsten und sichtbarsten zu verkörpern! Ein Ende, das, wie immer Schuld und Verantwortung bestimmt ist, nicht ohne tiefere Teilnahme betrachtet werden kann. In einem Parlament, sei es auch dem Zensus entstammt und bedeute es im Wesen nicht mehr als die politische Macht einer handvoll Privilegierter, steckt immer doch ein Stück von dem, was man Volksvertretung nennt, es ist doch, wie immer es sich aufgeführt hat, die Vorstellung von dem Willen des Volkes, und deshalb wird diese Sitzung, in der das Parlament von Truppen umzingelt wurde, Polizisten in das Gebäude eingedrungen und ein Offizier, also ein Soldat, von der Stelle sprach, wo sonst der freigewählte Präsident seines Amtes waltet, wird diese Auflösung unter der Drohung der aufgepflanzten Bajonette nicht vergessen werden. Und welchen Reichstag hat das Geschick so elend werden lassen, wer ist es, dem ein so ruhmloses Ende bereitet wurde? Es ist der Reichstag der Magyaren, dessen Wurzeln nebst dem englischen Parlament am tiefsten in die Geschichte reichen, das vielleicht selbstbewußteste und sicherlich hochmütigste Parlament der Welt, die gesetzgebende Körperschaft eines kleinen, auf sich selbst gestellten Volksstammes, dem sie, unberührt von der allgemeinen Entwicklung, welche die Schätzung aller Parlamente so beträchtlich gesenkt hat, den Mittelpunkt ihrer gesamten Staatlichkeit und Oeffentlichkeit bedeutet; und dieser ungarische Reichstag ist nun aufgelöst worden durch Polizisten und Soldaten, ist durch die physische Gewalt auseinandergesprengt worden in einer Zeit, die für die Verteilung der Rechte im Staate ganz anders empfindlich ist als es die Zeiten waren, in welche die Kämpfe am Beginn des konstitutionellen Lebens fallen.

Es mußte nicht so kommen — auch wenn man den ganzen, so traurig-lächerlichen Verlauf der ungarischen Krise wegdenkt und nur die Frage der Auflösung ins Auge faßt. Welchen Zweck hatte die Bestellung jenes „königlichen Kommissärs", von dem tatsächlich in der gesamten ungarischen Verfassung keine Rede ist und dessen Amt mit drohenden Worten angekündigt wurde? Was hat der Kommissär getan? Er hat dem Reichstag das Auflösungsdekret zugeschickt und einen Obersten in den Sitzungssaal beordert. Aber die Zusendung des Reskripts hätte auch der Ministerpräsident vollziehen können und das Militär stand auch ihm zur Verfügung. Daß die Koalition, hätte sie nicht an dem Kommissär die Handhabe gefunden, nichts unternommen hätte, der gesetzlich ganz unanfechtbaren Auflösung Widerspruch entgegenzusetzen, unterliegt nach dem Verlauf dieser Sitzung keinem Zweifel. Macht doch das Vorgehen der Koalition durchaus den Eindruck feiger Feigheit; unfähig, männlich zu trotzen, und von dem Bedürfnis gepeitscht, Heldenhaftigkeit zu posieren, hat die Koalition zu dem abgeschmackten Ausweg gegriffen, vor der Auflösung davonzulaufen; auch diesen letzten Kampf wußte sie nicht anders zu führen als mit advokatorischer Rabulistik, leerem Paragraphenstreit, der sich angesichts des düsteren Ernstes mehr komisch als würdig ausnimmt. Der Stil, in dem die Bestellung des Kommissärs angezeigt wurde, die aufreizende Zuschrift des Soldaten selbst, sie scheinen ein Beweis zu sein, daß man die Koalition zu dem „Widerstand" zwingen wollte, zu dessen Bewältigung eine ganze Armee ausgerückt war. Wohl hätte eine andere Partei als eben diese koalierte Spottgeburt, eine Partei von männlicher Kraft, anders gehandelt: entweder der Gewalt gewichen, um den hehren Boden des Parlaments vor Befleckung zu hüten, oder der Gewalt eben Gewalt entgegengesetzt; und so sind an dieser wahrhaftigen Schändung des Reichstages beide verantwortlichen Faktoren schuld: die Regierung, die den militärischen Polizeikommissär ausgeheckt hat und die Koalition, die dem Schwindel ihrer kraftlosen Scheinpolitik bis auf den letzten Augenblick treu blieb. Ein trauriger Tag war es für den ungarischen Reichstag: hat er doch geoffenbart, was diese aufgeblasene Mehrheit wert ist.

Nur die Form macht diese Auflösung bemerkenswert; sonst ist sie ein recht unbeträchtliches Ereignis, das zu überschätzen außerhalb des magyarischen Globus niemanden einfallen sollte. Der Reichstag ist aufgelöst worden und er wird neugewählt werden: das ist alles; aus der Auflösung wird weder die Giftblume des Absolutismus erblühen noch eine Revolution entstehen. Die Wiederwahl wird in dem Auflösungsdekret, wird überdies in einer offiziösen Darstellung als rechtzeitig beabsichtigt verkündet. Und die Revolution, du lieber Himmel, diese Paragraphenreiter und Advokatenheroen revoltieren wirklich nicht! Die verzapften Wiedensarten drohen allenfalls, lassen aber die Hofburg niemals aus den Augen und verrammeln sich niemals den Weg zu ihr. So hat denn keine Gegenrevolution die tausendjährige Verfassung des Magyarenstaats zerstampft, die Gefängnisse nicht mit Opfern gefüllt, Galgen für echte Helden nicht aufgerichtet. Um kein Recht wird heute gestritten, nur Macht ist der Inhalt dieses Kampfes, der mutwillig angezettelt und mit läppischem Ungeschick geführt ward. Das Abgeordnetenhaus wird neu gewählt werden, die Koalition wird noch glorreicher siegen, mittlerweile wird sie aber erkannt haben, daß der König von Ungarn seinen lieben Getreuen nicht mehr geben kann, als er besitzt, daß die Zeit, wo er Oesterreich zu verschenken hatte, eben gründlich vorüber ist. Und anders steht die Sache auch in dem Verhältnis Ungarns zu seinen Kämpfern, das heute das Verhältnis der um ihr Recht beraubten Millionen zu einer schmalen Schicht eigensinniger und selbstsüchtiger Privilegierter ist. Deshalb ritzt die brutale Vergewaltigung des Reichstages, der einst Ungarns Kleinod war, heute kaum die Oberfläche, und daß die Privilegierten aus dem Reichstag gejagt wurden, weckt bei vielen nur die Frage, ob sie denn auch hineingehörten. Darüber, daß der ungarische Reichstag aufgelöst wurde, was wohl jedem Parlament schon passiert ist, dem englischen Unterhause wie jeder kontinentalen Kammer, über die Auflösung eines Parlaments, das ein ganzes Jahr in törichtem Paragraphenstreit vergeudet hat, braucht man in keine Trauer zu verfallen.

Badische Politik.

Lehrer und Volksschule.

Eine Lehrerversammlung, die von mehr als 2000 Lehrern aus dem ganzen Lande besucht war, fand gestern Nachmittag im großen Colosseumssaale statt. Anwesend waren auch eine Anzahl Abgeordneter der verschiedenen Parteien.

Der Obmann des bad. Lehrervereins, Herr Bauer, eröffnete die Versammlung mit Worten der Begrüßung und erteilte Herrn Zähringer das Wort. Die Vorlage der Regierung habe unter den Lehrern große Entmutigung hervorgerufen. Der Beschluß des letzten Landtags, die Lehrer in den Gehaltstarif einzureihen, habe jedoch gezeigt, daß die Volksvertretung den Lehrern gerecht werden will. Die Lehrer kämpften um ihr Recht. Der Einwand, daß das Landleben billig sei und daß der Lehrer mit seinem Einkommen bestehen könne, sei durchaus unzutreffend. Die Lebensmittel seien auf dem Lande gewöhnlich teurer als in der Stadt. Die Lehrer kämpften auch um ihre Ehre. Sie wollen den anderen Beamten mit ähnlicher Vorbildung gleichgestellt und nicht die Sub-Subalternbeamten des badischen Staates sein. Der Lehrerberuf verlangt höhere sittliche und moralische Qualifikation, als der Beruf anderer Subalternbeamten. Der Staat habe die Pflicht, die Lehrer so zu bezahlen, daß nur die edelsten und besten Jünglinge sich zu diesem Berufe hingezogen fühlen. Würde ein erzieherischer Fehlgriff sofort in Erscheinung treten, wie etwa der falsche Pinselstrich des Malers oder der falsche Meiselschlag des Bildhauers, dann wäre die ungeheure Wichtigkeit des Lehrerberufes längst erkannt. So aber treten die Folgen einer fehlerhaften Erziehung der Kinder oft erst spät im Leben, manchmal erst auf dem Schaffot in die Erscheinung. Beim Lehrer liegt das große Heiligtum der Erziehung. Deshalb steht die Lehrerschaft hinter ihren Führern wie ein Mann. Die Bewegung der Lehrer sei ein kulturgeschichtliches Ereignis. Der Staat könnte sich über den Kampf der Lehrer freuen, denn wären die Lehrer keine Kämpfer, dann wären sie auch nicht imstande, Kämpfer zu erziehen. Der Kampf der Lehrer sei untrennbar verbunden mit dem Kampfe um die Verbesserung der Volksschule, mit der Förderung unserer Volkswirtschaft und Kultur. Viele Millionen gingen der Volkswirtschaft alljährlich verloren, wenn die Volksbildung nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht. Die jetzige Regierung habe der Deputation der Lehrer gegenüber eine offene, ehrliche Haltung eingenommen. Es gelte jetzt, die Regierung von der Gerechtigkeit der Lehrerforderungen zu überzeugen. Er wolle den Wert der durch eine bessere Volksbildung zu hebenden, jetzt noch latenten Güter auf jährlich 30 Millionen schätzen; die Lehrer wollen diesen Schatz heben für jährlich 1½ Millionen. Ein besseres Geschäft habe noch kein Finanzminister gemacht. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Das, was der Staat für eine bessere Volksbildung ausgebe, werde reichlich heimbezahlt durch eine bessere Volks- und Steuerkraft. Die heutige Volksschule sei mehr eine Kinderbewahranstalt. (Sehr wahr.) Dem Leben der Proletarier habe die Volksschule einen geistigen Inhalt zu geben, damit er den schweren Kampf, den er im Leben zu führen hat, bestehen kann. Die seelische Armut sei beim Proletarier größer, als die materielle. Hier hat die Schule ein unendliches Feld der segensreichsten Tätigkeit. Eine gute Schule befähigt den Arbeiter, das Gute vom Bösen, das Große von dem Kleinen usw. zu unterscheiden. Unverständige Menschen haben behauptet, der Boden unserer Volksschule sei der Nährboden der Unzufriedenheit. Der Vergleich des Streiks im Ruhrkohlenrevier mit der französischen Revolution spreche Bände. (Ein sehr hinkender Vergleich. Der B.) Ein Lehrerstand, welcher auf das Wohlwollen der Gemeinden angewiesen sei, könne seine hohe Aufgabe nicht vollständig erfüllen. Schon in der Schule soll der künftige Staatsbürger dazu erzogen werden, von seinen staatsbürgerlichen Rechten einen würdigen Gebrauch zu machen. Die Höhe der Volksbildung spiele in den großen politischen Fragen unserer und der künftigen Zeit eine sehr wichtige Rolle. Möge das badische Land seine Pflicht tun, ehe es zu spät ist. Die Regierung halte noch an dem alten Flicksystem fest. Möge die Volksvertretung zur Tat schreiten, dann wird das badische Land wieder mit Recht den Ehrentitel eines Musterstaates führen. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Von den anwesenden Abgeordneten sprachen Obkircher (natl.), Kolb (Soz.), Frübauf (freis.), und Heimburger (Dem.), die, lebhaft begrüßt, den Standpunkt vertraten, daß die Regierungsvorlage nicht genüge und man sie ablehne, wenn die Regierung nicht weiter entgegenkomme. Diese Erklärungen wurden von der Versammlung mit stürmischem Beifall entgegengenommen. Mit Worten des Dankes an die Abgeordneten und einem Appell an die Lehrer schloß der Obmann der badischen Lehrerschaft, Herr Bauer, die glänzend verlaufene Versammlung.

Der Ton im anderen Lager.

Man entrüstet sich sehr gern über den Ton der sozialdemokratischen Presse. Und häufig sind es jene Leute, die sachlich gegen die sozialdemokratischen Argumente nichts einwenden können; dann fällt ihnen unser Ton unangenehm auf die Nerven.

Aber die Herrschaften hauen ganz kräftig drein, wenn es sich um ihre Interessen handelt. Ein Beweis nachstehende Korrespondenz, die der Landeszeitung aus Bretten zugeht. Da heißt es:

Mit lebhaftem Erstaunen hat man im Wahlkreis Bretten aus dem amtlichen Landtagsbericht entnommen, daß Freiherr v. Mentzingen am Samstag in der Kammer erklärte, man (gemeint war die liberale Partei) habe Wähler des Abg. Schmidt mit Ausdrücken wie „Saubauer" und anderen traktiert und von „Anbohren des Hirnkastens" gesprochen. Dem Baron v. Mentzingen, der sich so warm für Rechtsanwalt Schmidt einsetzte, sollte es doch wohl bekannt sein, daß kein liberaler Mund, sondern ganz im Gegenteil ein Agitator für Schmidt in mehreren Gemeinden des Wahlkreises sagte: „Jedem Bauer, der Herrn Harsch, den liberalen Kandidaten, wählt, gehört das Hirn angebohrt und hineingesch . . ."

Freilich, im selben Stil wurde von allem Anfang an für Schmidt agitiert. Wer sich die Mühe und den Mut nimmt, nachträglich die Flugblätter zugunsten der Kandidatur Schmidt durchzulesen, dem bäumt sich das Herz auf vor Entrüstung über eine demagogische Mache, wie sie sonst nirgends und von niemand im Lande gewagt wurde. Diese Agitation für Rechtsanwalt Schmidt ist der schwärzeste Punkt, das häßlichste Bild im gesamten Wahlkampf, der im Oktober 1905 unser Land durchrüttelte.

Die Wahlen und die Eisenbahner.

Um bei öffentlichen Wahlen auch dem in den Fahrdienst eingeteilten Eisenbahnpersonal in tunlichst weitgehender Weise Gelegenheit zur Teilnahme an den Wahlen zu geben, hat das Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten verfügt, daß in den fraglichen Fällen dem gesamten Fahrpersonal die Teilnahme an der Wahl ermöglicht werden soll, soweit dies mit den dienstlichen Interessen irgend vereinbar ist. Dabei soll als Richtschnur dienen, daß überall da, wo es durch Heranziehung der verfügbaren Ersatzkräfte und durch Verschiebung freier Tage und einzelner Dienstschichten ohne Störungen für den Dienst angängig ist, alle in Betracht kommenden Beamten und Bediensteten abzulösen sind, deren Ablösung soll bei geeigneten Zügen ohne weiteres angeordnet werden, während im übrigen die Vornahme von Aenderungen in der Diensteinteilung zum bezeichneten Zweck von Anträgen der betreffenden Leute und der Möglichkeit, einen vollständig eingeübten Ersatzmann einzuteilen, abhängig zu machen ist.

Im letzteren Falle soll weiter darauf geachtet werden, daß dem Ersatzmann die Möglichkeit der Wahlbeteiligung ebenfalls verbleibt. Auch soll den Bezirks- und Lokalvorständen zur Sicherung strengster Unparteilichkeit eine genaue Ueberwachung der mit dem Vollzug betrauten Beamten zur Auflage gemacht werden.

Zum Gewerbelehrermangel in Baden

schreibt man uns: Schon wiederholt hat sich die Presse mit dem großen Mangel an Gewerbelehrern befaßt, welcher unter der Leitung des nunmehr aufgelösten Gewerbeschulrats eingetreten ist. Tatsächlich mag der Mangel auffallen, zu einer Zeit, wo alle andern Berufsarten überfüllt sind. Blicken wir aber in der Geschichte des badischen Gewerbeschulwesens zurück, so finden wir, daß es an Leuten zu diesem Berufe zu keiner Zeit gefehlt hatte. Schon eine erhebliche Anzahl junger Männer hat das Studium zum Gewerbelehrer aufgenommen, hat aber in richtiger Erkenntnis nach einigen Semestern die Laufbahn verlassen, um an der technischen Hochschule dem geschätzteren akademischen Studium zu obliegen. Ein Teil dieser Leute ist heute im gewerblichen Schuldienste jenseits unserer badischen Grenze tätig und mancher befähigte Privattechniker würde heute dem Gewerbelehrerstande angehören, wenn die Regierung gewillt gewesen wäre, Stellung und Bezahlung mit den Kosten der Vorbildung in Einklang zu bringen.

Bemerkenswert ist, daß Unterlehrer in der Gewerbelehrerabteilung der Großh. Baugewerkeschule immer seltener werden. Diese Erscheinung ist wohl darauf zurückzuführen, daß Volksschullehrer einfacher und billiger als Handelslehrer oder als Haupt- bezw. Oberlehrer in größeren Städten den gleichen finanziellen und gesellschaftlichen Erfolg erreichen können wie im badischen Gewerbeschuldienst. Die mißlichen Verhältnisse im Gewerbelehrerberuf treffen namentlich diejenigen Lehrer empfindlich, welche vor etwa zwei Dezenien auf wiederholte, direkte und persönliche Aufforderung unter Hinweis auf die „günstigen Aussichten", seitens maßgebender Männer — teilweise unter Aufgabe bereits erlangter Vorteile — an das Studium herangetreten sind, um nun heute in Rang, Titel und Mittel hinter Beamten zurückzustehen, deren Vorbildungsaufwand nicht annähernd dem eines Gewerbelehrers gleichkommt. Viele Lehrer, welche von ihrem Vorhaben, Gewerbelehrer zu werden, nach genügender Orientierung rechtzeitig zurücktraten, sind heute als wohlbestallte Hauptlehrer an größeren Plätzen verwendet.

Die Gewerbelehrer haben dem letzten Landtag die Bitte unterbreitet, einen Teil ihres Fachstudiums wieder an die technische Hochschule verlegen zu wollen. Die Antwort der Regierung besagt, daß von einer Verlegung der Ausbildung an die Hochschule Abstand zu nehmen sei. Es ist kaum ernstlich anzunehmen, daß man in Regierungskreisen die Baugewerkeschulbildung für besser hält als das akademische Studium. Sollte es sich vielleicht nur um eine Frage rein gesellschaftlicher, prinzipieller Natur handeln, wenn man den Lehrern des Arbeiter- und Handwerkerstandes höhere und bessere Bildung vorenthält???

Heute, wo alles nach höchster Bildung strebt, wo unsere badischen Hochschulen von Russen, Polen, Asiaten und anderen Ausländern durchsetzt sind, ist den Gewerbelehrern die bereits innegehabte akademische Bildung entzogen. Ob die gegenwärtige Ausbildung eine gute ist, können die im Dienste stehenden Gewerbelehrer am besten beurteilen, die sich vieles aus eigener Kraft aneignen müssen, was ihnen das Fachstudium nicht geboten hat. Ob dies im Auslande anerkannte Aufblühen badischer Gewerbeschulen dem heutigen Ausbildungssystem zu verdanken ist, müssen wir sehr dahin gestellt sein lassen. Der zurzeit übliche Bildungszwang steht aber auch im Gegensatz zur Auffassung mancher Großstädte, welche als Leiter ihrer Gewerbeschulen solche Gewerbelehrer bevorzugen, denen es zufällig möglich war, sich neben ihrer Tätigkeit als Staatsbeamte die so hochgeschätzte akademische Form aneignen zu können. Es ist jedenfalls nicht unbescheiden, wenn die Gewerbelehrer alle nach so hoher, befähigender Bildung trachten.

Von einer da und dort erwähnten Aufbauschung der schlechten Verhältnisse und von einer systematischen Abhaltung Studierender von diesem Berufe, kann jedenfalls keine Rede sein. Wenn begabte, strebsame Leute immer diesem Stande fernbleiben, um sich für gleiche Opfer an Zeit und Geld dem ergiebigeren akademischen Studium zu widmen, so ist dies lediglich eine naturgemäße Erscheinung unserer heutigen „gesellschaftlichen Ordnung", welche eben nur eine „wahre" Bildung, nur ein begehrenswertes Studium kennt: das Studium auf Titel, gesellschaftliche Stellung, äußeren Effekt. Es ist jedenfalls nicht zu erwarten, daß die Gewerbelehrer anders als in diesem Sinne auf ihren etwaigen Nachwuchs einwirken werden.

Die Hausindustrie in Baden.

Die deutsche Heimarbeiterausstellung zu Berlin wird am nächsten Sonntag geschlossen werden. Sie wurde in allen deutschen Zeitungen auf das lebhafteste besprochen und hat die hausindustriellen Verhältnisse in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Interessen gerückt. Daß die badische Hausindustrie auf der Ausstellung nur vereinzelt vertreten ist — durch Uhrenmacher-, Bürstenmacher- und Kartonnagearbeiten — läßt vielleicht auf eine günstigere Lage unserer Heimarbeiter schließen.

Wie wir vernehmen, wird die im Vierteljahrhundertsbericht der Fabrikinspektion angekündigte, vom Ministerium des Innern angeregte und aufs lebhafteste unterstützte Monographie Bittmanns über die Hausindustrie Badens noch im Laufe d. J. erscheinen und eingehende Mitteilungen über die in der genannten Produktionsform bestehenden Verhältnisse, Löhne, Arbeitszeiten usw. bringen. Es bestehen zwar schon zahlreiche Einzelschilderungen aus der deutschen Hausindustrie, aber als eine die Heimarbeit eines ganzen Landes umfassende Darstellung dürfte die in Aussicht stehende Publikation in Deutschland wohl die erste sein.

Als nationalliberaler Kandidat für die Landtagswahl im Brettener Bezirk wurde wiederum Sägewerksbesitzer Harsch aufgestellt. Er hat die Kandidatur angenommen.

Deutsche Politik.

Die Reichs-Einkommensteuer,

die die Sozialdemokratie beantragt hat, hat die Steuerkommission des Reichstags abgelehnt.

Wer das Kreuz hat, segnet sich! denken die bürgerlichen, in der Kommission wie im Plenum in der Mehrheit befindlichen Parteien und dulden daher keine Gesetze, die die Militär-, Marine- und Kolonialschwärmer nötigen würden, ihre Liebhabereien aus ihren eigenen Taschen zu bezahlen. Sie finden es weit profitabler, ihre Geschäfte auf Kosten der armen Massen zu betreiben, zumal diese immer noch so töricht sind, ihre Ausbeuter immer wieder ins Parlament zu wählen. Wie sagte doch Graf Posa so schön? „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber!" Und er hat recht. Er macht ja seit langen Jahren immer die gleiche Erfahrung.

Algeciras.

Die bürgerliche Presse hat wieder ein schönes Spiel. Wie ein Mädchen durch Abzupfen der Blätter einer Blume feststellt: „Er liebt mich, er liebt mich nicht" usw., so gefällt sich seit Wochen die bürgerliche Presse in dem gleichwertigen Abstimmungsmodus:

„Der Frieden bedroht!
Wieder alles im Loth!
Kritischer Moment!
Die Sonne wieder brennt!"

Narreteien! Daß es den Diplomaten in Algeciras recht wohl gefällt, wenn sich die Presse in so weitschweifiger Weise mit ihren Schwätzereien, geheimen Konferenzen, mit ihrem Achselzucken und Augenbrauen-Verrenken beschäftigt, glauben wir ihnen ebenso gern, wie jeder Ballerina, die auch für

ihre Mätzchen der Reklame bedarf, wenn sie nicht vergessen werden will.

So und nicht anders vermögen wir auch die jetzt wieder sich breitmachende Katzbalgerei der Frankreich-Offiziösen mit den Gouvernementalen Deutschlands zu beurteilen. Der Punkt, über den sich die Zöpfe in Algeciras nicht einigen können, ist die Frage der Zusammensetzung der Polizei in Marokko, und dabei legen sie sich die Gelb- und Weißbücher, die selbst schon Prachtstücke sind, gegenseitig so aus, wie es natürlich dem anderen Teil immer am wenigsten gefällt. Wenn aber die Rede davon ist, daß in Paris die Meldung, die deutsche Regierung habe die französischen Vorschläge abgelehnt, dahin ausgelegt werde, daß der Abbruch der Verhandlungen bevorstehe und daß die Konferenz für gescheitert gelten könne, so kann man den hüben und drüben wohnenden Gemütsmenschen, bei denen nur der Wunsch der Vater dieses Gedankens, nur breit ins Gesicht lachen. Nachgerade wissen sie, wie die Wichtigtuer von Algeciras, deren Geschäft ja in dem Breittreten jeden Quarks besteht, daß es dem Volk von Frankreich, wie dem deutschen Volk ganz gleichgiltig ist, wer Polizei in Marokko spielt, daß beide Völker es sich auf das nachdrücklichste verbitten, die Knochen auch nur eines einzigen Grenadiers um das bißchen Marokko zu riskieren.

Sie wissen es und sie halten es für sehr gut, sich danach zu richten, und so hören wir denn auch schon aus einer Depesche, daß in Diplomatenkreisen von der Intervention einer dritten Macht die Rede ist, die zwischen Frankreich und Deutschland vermitteln solle.

Das Mädchen von Algeciras ist bei ihrem Blumen-Orakel also wieder an das: „Er liebt mich!" gelangt.

Ausland.

Allgemeines.

England. Das Parlament wurde am Sonntag durch eine Thronrede eröffnet. Wie üblich, wurde diese durch eine Adresse des Parlaments beantwortet, und wie ebenfalls üblich, stellten alle Parteien in einer kurzen Diskussion ihren Standpunkt zu den von der Thronrede berührten Punkten in allgemeinen Zügen fest. Dabei erklärte der Führer der neuen Arbeiterpartei, der Sozialist Keir Hardie, daß die Mitglieder seiner Partei sich nicht an dem Hader der alten Parteien beteiligen, sondern hauptsächlich ihr Augenmerk auf die sozialen Fragen richten werde.

Oesterreich. Im Abgeordnetenhaus fand eine Debatte über die ungarische, durch die Auflösung des Reichstags (s. Leitartikel) akut gewordene Frage statt.

Zur Anonymität der Presse.

Mannheim contra Leipzig.

Die Mannheimer Volksstimme nimmt in ihrer gestrigen Nummer Anlaß, sich mit der Leipziger Volkszeitung in Betreff der Anonymität der Presse im allgemeinen und des Leipziger Angriffs im besonderen auseinanderzusetzen. In letzterer Hinsicht geschieht die Abwehr in durchaus würdiger, sehr vorteilhaft gegen die Leipziger abstechende Weise. Unsere Mannheimer Kollegin hat nunmehr nicht nur die Lauterkeit ihrer Absichten, sondern auch die guten Manieren auf ihrer Seite. Um so bedauerlicher, daß man auch in der Hauptsache nicht auf ihre Seite treten kann. Das sachliche Hauptmoment der Mannheimer Ausführungen liegt in folgendem Absatz:

> Wer den drei Sätzen, mit denen wir am letzten Donnerstag den Abdruck der Leipziger Erklärung gegen den Staatsanwalt Böhme begleiteten, nicht sträfliche Gewalt antun will, muß zugeben, daß wir darin weiter nichts sagten als dies: innerhalb des Verbandes einer sozialistischen Zeitungsredaktion sollte jeder einzelne das, was er geschrieben, in der Regel im Ernstfalle auch selbst verantworten und nicht ohne zwingende Gründe dulden, daß ein Kollege, der gerade zufällig die preßgesetzliche Verantwortung trägt, dafür zu büßen hat. Es mag zugegeben werden, daß Umstände vorliegen können, die es nicht geboten erscheinen lassen, dergestalt die formell preßgesetzliche durch die rein moralische Verantwortung zu ersetzen; darüber ist in jedem Einzelfall zu entscheiden. Ob aber gerade im vorliegenden Fall die Situation so lag, dafür erwarten wir von der Leipzigerin erst den Nachweis. Und daß das, was wir oben als Pflicht jedes einzelnen Partei-Redakteurs bezeichneten, schon in Fällen weit gravierender Art geschehen ist, das dürfte auch in Leipzig nicht unbekannt sein. Wir erinnern uns aus der Geschichte unserer Parteipresse eines rühmlichen Exempels, wo der Kollege eines bereits zu längerer Gefängnisstrafe verurteilten Redakteurs durch mutiges Hervortreten aus dem sichern Port der formellen Straflosigkeit jenem die schuldlos erhaltene Strafe abnahm und sich selbst der Justiz als Opfer auslieferte. Daß durch eine derartige selbstverständliche Regelung der Verantwortlichkeiten unter Kollegen die Anonymität der Presse nicht verletzt, oder gar — wie die Leipzigerin, unsere Ausführungen vollends bis zur Maßlosigkeit entstellend, sagt — „auf die Bürgschaft der Preßfreiheit verzichtet" wird, das bedarf doch wohl keiner weiteren Erörterung. Denn wir vermögen nicht einzusehen, inwiefern dies zu befürchten gewesen wäre, wenn im vorliegenden Fall anstatt Heinigs diejenigen Mitglieder der Leipziger Parteiredaktion sich dem Staatsanwalt gestellt hätten, welche die unter Anklage gestellten Artikel tatsächlich geschrieben haben.

Auf den letzten Satz vermögen wir unseren Mannheimer Freunden sehr genauen Bescheid zu erteilen. Wenn die Verfasser der Artikel sich genannt hätten, so wäre Heinig nicht ein einziger Tag der Freiheitsstrafe geschenkt worden, wohl aber wären die Verfasser der Artikel außerdem bestraft worden. Auch das evtl. Strafmaß für diese Sünder läßt sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit feststellen. Es sind 6 Artikel mit je 6 Monaten, 1 Artikel mit 5 Monaten honoriert worden.

(Die Minderung auf 21 Monate rührt nur aus der gesetzlich vorgeschriebenen Zusammenziehung zu einer milderen Gesamtstrafe her.) Billiger wäre kein einzelner Verfasser weggekommen, eher noch etwas teurer der eine oder andere, der vielleicht schon vorbestraft. Insgesamt wären dann nicht 21 Monate, sondern das Doppelte, oder, je nach der Zahl der Verfasser, auch das Dreifache herausgekommen, und die Leipziger Volkszeitung hätte nicht für die Familie eines Redakteurs, sondern für ein halbes Dutzend oder mehr Familien zu sorgen, ganz abgesehen davon, daß Gerichts- und Gefängniskosten leicht noch auf annähernd 3000 Mk. hätten auflaufen können.

Damit dürfte auch der in einem weiteren Satze ausgesprochene Zweifel der Mannheimer Volksstimme, daß die Leipziger Parteiinstanzen dagegen etwas einzuwenden gehabt hätten, wenn in der von Mannheim vorgeschlagenen Weise verfahren worden wäre, hinfällig sein.

Unsere Mannheimer Freunde befinden sich eben, wie wir schon gestern sagten, in einem Irrtum. Sie werden vermutlich auf das Preßgesetz verweisen. Ohne an dieser Stelle eine rechtliche Auseinandersetzung beginnen zu wollen, sei nur die von unserer Partei sehr teuer erkaufte Erfahrung betont, daß nach konstanter Praxis der preußischen und sächsischen Strafbehörden neben den Redakteuren die Verfasser inkriminierter Artikel bestraft werden, wenn sie nur faßbar sind. Daß das bis auf den heutigen Tag so ist, beweisen die umständlichen Vorbereitungen, das Zeugniszwangsverfahren in Forst und Dresden. Und damit fallen alle Schlußfolgerungen Mannheims aus, die auch das Magdeburger Beispiel nicht zu stützen vermag. Die „Rühmlichkeit" des Exempels zu berühren, wollen wir uns freilich versagen, aus sehr naheliegenden Gründen. Der Fall selbst aber beweist gerade das Gegenteil dessen, was durch seine Anführung bewiesen werden soll. Denn der zuerst als „Verantwortlicher" verurteilte Genosse Müller war, wie entscheidend festgestellt ist, nicht mehr verantwortlich für die Magdeburger Volksstimme, Müller befand sich sogar seit einigen Tagen bereits auf Urlaub, kannte daher den inkriminierten Artikel gar nicht und sein Name befand sich ganz fehlerhafter Weise noch auf dem Blatt. Unter diesen Umständen mußte sich Albert Schmidt nennen, und unter diesen Umständen mußte die Strafkammer zum Wiederaufnahmeverfahren und zur Freisprechung in bezug auf Müller kommen.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Magdeburger und dem Leipziger Fall ist zum Greifen. Wir können daher auch nicht finden, daß das Leipziger Organ in der Gestaltung seiner Redaktions-Verhältnisse — in dem springenden Punkt — und in dem gerichtlichen Austrag der Sache anders, wie nötig, gehandelt hätte.

Die Fehlerquelle der Leipziger Fechtmethode ist der Irrtum über die Motive der Mannheimer Kollegen; die Leipziger vermögen sich augenscheinlich nicht zu denken, daß die Mannheimer Freunde auch einem Irrtum verfallen sind, dem Irrtum über die Praxis der preußischen und sächsischen Gerichte in Preßsachen. Man hat eben in Süddeutschland keine Vorstellung von der grandiosen Auslegungskunst und Paragraphengeschicklichkeit der norddeutschen Justiz. Dadurch wird der Unterschied der Auffassung bedingt hinsichtlich des ganzen Verhaltens unserer norddeutschen Parteipresse.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Fahrnau, 21. Febr. Seit einiger Zeit ist es den christlichen Textilarbeitern gelungen, unter den ca. 800 Arbeitern der Weberei Singeisen und Horn. etwa 70 zum Beitritt zu ihrer Organisation zu gewinnen. Vor etwa 14 Tagen war die Vertreterwahl der Betriebskrankenkasse, woselbst der Vorschlag der Christlichen durchging. Wie man nun in Arbeiterkreisen munkelt, seien einige Vertreter auf Unregelmäßigkeiten gestoßen. Bestimmtes kann aber nicht behauptet werden, da die Leitung der Christlichen Schweig-Parole ausgegeben hat. Eines aber ist nun doch verdächtig, vergangenen Samstag wurde einem Teil der gewählten Vertreter gekündigt, im ganzen 13 Personen, darunter sind die Frauen von 5 gemaßregelten Männern. Ein anderer, noch größerer Teil, meldete sich auf Veranlassung des Herrn Horn vom Verband ab. Herr Horn, die Seele aller reaktionären Bestrebungen, ist sonst strenggläubiger Protestant, geht sehr fleißig zur Kirche, aber im übrigen steht sein Tun und Treiben nicht im Einklang mit seiner Tätigkeit.

Unsere Absicht ist nun nicht, die christliche Organisation besonders zu verteidigen, nur eines wollen wir festhalten, was haben die Christlichen mit ihrer Versöhnungstaktik erreicht? Wir wissen bestimmt, daß unter den Christlichen ein Teil von ihnen uns näher steht. Wenn dieselben sich christlich organisierten, so nur deshalb, um nach oben nicht mißliebig zu werden. Nun sind diese aber um eine Hoffnung ärmer und um eine Enttäuschung reicher geworden. Den Fahrnauer Arbeitern rufen wir aber zu: „Der Kampf um eine bessere Zukunft ist ein Klassenkampf, man will keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Das lernt uns auch dieser Fall. Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften, meldet Euch in Massen an, dann wird man Euch mehr Entgegenkommen zeigen."

Die Aussperrung der Schlägereiarbeiter im Kreise Solingen dauert fort. 22 Wochen liegen die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband auf dem Pflaster, ohne daß sie gewillt sind, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Die Unternehmer haben alles versucht, den Kampf zum scheitern zu bringen. Bisher vergeblich. Inzwischen ist in der weiteren Verarbeitung der Solinger Stahlwaren ebenfalls ein Stillstand eingetreten, so daß die Arbeiter schwer davon betroffen sind. Da die Gewerkschaftsschriften sich der Sache bereits bemächtigt, um Kapital daraus zu schlagen, so werden die organisierten Arbeiter ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

g. Dienstbotenbewegung in Nürnberg. Endlich sind auch in Nürnberg die Dienstmädchen zu dem Bewußtsein gekommen, daß sie sich zusammenschließen müssen, wenn sie ihre oft recht unwürdige Lage verbessern wollen. Auf Anregung aus den Kreisen der Dienstmädchen wurde eine Versammlung einberufen, die außerordentlich stark besucht war und in der Genossin Grünberg über die Mißstände im Dienstbotenwesen referierte. Dem Vortrage schloß sich eine Diskussion an, in der viele Mädchen Sachen erzählten, die auf oftmals geradezu grauenhafte Zustände schließen lassen. Die Versammlung beschloß einstimmig, einen Verein zu gründen, dessen Hauptaufgaben zunächst sein sollen die Hebung der sozialen Lage der Dienstmädchen, Beseitigung des Zeugniswesens und Schaffung eines eigenen Stellennachweises, der besonders wichtig ist, da die Dienstmädchen in Nürnberg von den privaten Verdingerinnen oft in der unerhörtesten Weise ausgebeutet werden. Die Versammlung wählte aus ihrer Mitte eine Kommission, die das weitere wegen Gründung des Vereins zu veranlassen hat.

Zirka 100 Dienstmädchen erklärten sofort ihren Beitritt. Der Bewegung schließen sich auch die Zugeherinnen, Wasch- und Putzfrauen an.

Der Sieg in Freiburg.

F. Der Ausfall der gestrigen Ortskrankenkassenwahl wurde von den organisierten Arbeitern mit Jubel begrüßt. Der Ausfall hat gezeigt, wohin auch in Freiburg die große Mehrheit der Arbeiter gehört.

Im Wahlkampf selbst konnte man wieder die Beobachtung machen, daß alle Vereine, ganz gleich, ob ihre Mitglieder männlichen oder weiblichen Geschlechts sind, welche unter kirchlicher Flagge segeln, im geeigneten „Wahlverein" sind. Am letzten Sonntag hat ein Geistlicher die Ladnerinnen im Annastift um sich versammelt, nicht etwa um Gottes Wort zu predigen, nein, um ihnen zu sagen, daß es ihre Pflicht ist, den sogenannten „christlichnationalen" Stimmzettel abzugeben. Auch in anderen Frauenvereinen muß in diesem Sinne gewirkt worden sein, anders ist der maßlose Fanatismus vieler Frauen nicht zu erklären. Man konnte beobachten wie sie anderen den „sozialdemokratischen" Stimmzettel aus der Hand rissen. An dem Eifer, mit dem einige Damen für die „gute Sache" arbeiteten, könnte sich mancher Arbeiter ein Beispiel nehmen, und wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn erst einmal die Frauen noch für uns gewonnen sind, wir überhaupt gewonnen haben.

Die „Christlichen" und ihre Helfershelfer haben alles getan, um ihre Leute an die Urne zu bringen und sie haben ihre Leute beigebracht, bei genauerem Zusehen sieht man aber auch, daß das Gesunker von der „Hochburg der christlichen Gewerkschaften" in Freiburg eben Gesunker ist. Von den 1200 Stimmen darf man wohl 400 weibliche, die der geistlichen Beeinflussung zu verdanken sind, abziehen. Zieht man von den übrigen 850 noch ob, was auf Konto der evangelischen und katholischen Vereine des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands zu setzen ist, dann muß man doch fragen, wo bleibt der Kern — „die christlichen Gewerkschaften?"

Hier ist nichts zu verspüren von dem mächtigen Aufschwung, mit dem die Christlichen so gern prahlen. „Die Wahl wird umgeschmissen, so wahr ich Paul Gießler heiße", erklärte der Führer der Christlichen und alle haben's ihm nachgesagt. Vielleicht überlegen es sich die Herren doch noch einmal. Jedoch, wenn sie Lust haben, nur zu; die zweite Schlappe, die sie sich dann holen, wird sicher größer sein, als die erste; darauf geben wir ihnen das Wort. Bis wieder Wahl wäre, würden hier einige hundert Bauhandwerker mehr sein und von den Frauen würde auch manche anders wählen und die in der Mezschen Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen könnten sie auch nicht mehr mit Hilfe der Fabrikleitung überrumpeln.

Es ist auch interessant, daß die „Christlichen" die Ueberführung dieses Betriebes in die Ortskrankenkasse schon wüßten, bevor offiziell etwas bekannt wurde. So erfreulich das Ergebnis an sich ist, so muß doch auf einige Mängel hingewiesen werden.

Man konnte zum Beispiel mehrfach beobachten, daß Angehörige von organisierten Arbeitern den gedruckten Stimmzettel in der Hand hatten; so etwas sollte nicht vorkommen. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Genossen gar nichts tun, um ihre weiblichen Familienmitglieder aufzuklären. Diese Gleichgiltigkeit ist für den einzelnen sehr bequem, aber für die Gesamtheit von großem Schaden. Dann müssen wir ebenso wie unsere Gegner, jeder einzelne Agitator sein, jeder muß seine Nebenarbeiter, mit denen er in Berührung kommt, zu gewinnen suchen; am Wahltag darf einem kein Gang verdrießen, um einen säumigen Wähler beizuholen. Die Grundpfeiler für Wahlerfolge sind starke Organisationen und eine gut verbreitete Presse. Diese beiden Grundpfeiler zu stärken, muß auch in Zukunft Aufgabe jedes Genossen sein.

Badische Chronik.

Konstanz, 20. Febr. Die sog. Kanonenschuß-Affäre vor Gericht. Die sog. Kanonenschuß-Affäre hielt im letzten Herbst die Stadt in Aufregung und hatten sich heute vor dem Schöffengericht zu verantworten. Schreinermeister Gottlieb Schmidt und Gemeinderat Ruppaner waren wegen Verübung groben Unfugs, ersterer mit 6, letzterer mit 8 Tagen Haft vom Bezirksamt bestraft. Hiergegen haben beide gerichtliche Entscheidung beantragt. Es waren 20 Zeugen, darunter 6 Schutzleute, sowie großh. Geh.-Rat Gros und Amtmann Pfaff geladen. Die Vernehmung des Angeklagten Schreinermeisters gestaltete sich sehr umständlich, da Schmidt sich unwissend stellte. Brauereibesitzer Rupp, der zweimal wegen unerlaubten Abbrennens von Feuerwerkskörpern bestraft ist, bestreitet, aus Rache wegen Verweigerung der Konzession die Kanonenschüsse auf Schmidt abgegeben zu haben. R. findet es natürlich, daß man solchen Verdacht gegen ihn hege, zumal er die Konzession früher oder später doch zu bekommen hoffe. Die Zeugen Geh.-Rat Gros und Amtmann Pfaff bestätigen, daß Schmidt bei der ersten Einvernahme den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht habe. Herr Pfaff war sehr überrascht, als Schmidt seine ersten unrichtigen Angaben widerrief. Ruppaner versuchte auch auf das Bezirksamt, dafür Stimmung zu machen, daß die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe verwandelt werde, die er gern bezahlen. Auch nach den übrigen Zeugenaussagen hält der Amtsanwalt Enge die Anklage aufrecht. Eine Geldstrafe sei unempfindlich für die Angeklagten und ein Hohn auf den groben Unfug, den die Angeklagten verübt haben. Rechtsanwalt Dr. Fuchs als Verteidiger beantragt Freisprechung für Ruppaner und eine kleine Geldstrafe für Schmidt. Das Urteil lautet für Schmidt auf 100 Mk. Geldstrafe, während Ruppaner freigesprochen wird. Sämtliche Kosten hat Schmidt zu tragen.

— Die hiesigen Ladeninhaber sprachen sich in der Mehrheit für den 8 Uhr-Ladenschluß aus.

— In Iznang wurden die Opfer des Seeunglücks unter großer Beteiligung der Bevölkerung in einem gemeinsamen Grabe bestattet.

— Die Breslauer Volkswacht erklärt es für wahrscheinlich, daß Graf Pückler die Festung Weichselmünde mit einer Nervenheilanstalt am Bodensee vertauscht habe. Er sei vielmehr am Freitag vor dem Amtsgericht Lörrach als Zeuge in einem Prozeß gegen die Volkswacht vernommen worden.

Bruchsal, 21. Febr. Volks-Vorlesung. Donnerstag, den 22. Februar, abends halb 8 Uhr, in der Aula der Mädchenschule der Schlußvortrag.

* **Offenburg,** 21. Febr. Der Unteroffizier B. der 2. Komp. des Infanterie-Regiments Nr. 170 hat aus unbekannten Gründen mit seinem Dienstgewehr erschossen.

— In Bühl und in Offenburg finden am bezw. 13. März Weinmärkte statt.

* **Waldshut,** 21. Febr. In der Fabrik Hüfingen Weberei im Murgtale, wurden bei einem Einbruch Mark entwendet.

* **Zell a. H.,** 21. Febr. In der Nacht vom 19. d. M. brannte das Anwesen des Schreiners Wilhelm Lehmann nieder. Die Bewohner, welche mäßig versichert sind, konnten kaum das nackte retten. Zwei Schweine und einiges Geflügel kam Als der Brandstiftung verdächtig wurde der verl Sohn des Besitzers, der 26 Jahre alte Bernhar mann, verhaftet.

* **Schwetzingen,** 21. Febr. Verhaftet wur Ehefrau des Taglöhners Andreas Müller, welc dächtig ist, im Ketscher Mordprozeß Fuchs vor dem beimer Schwurgerichte im Oktober v. J. einen geschworen zu haben.

Gemeindezeitung.

Bretten, 21. Febr. Letzten Montag fanden benachbarten Gemeinde Gölshausen die Bürgerschußwahlen statt. Zum erstenmale versuchten die Arbeiter sich selbständig daran zu beteiligen. Erfolg, daß sie in der dritten Wählerklasse einen ständigen Sieg zu verzeichnen hatten. Ein Vertreter in die zweite Klasse Vertreter im Bürgerausschuß bringen, mißglückte. Die starke Beteiligung, sowie Erfolg, welchen die Arbeiter bei diesen Wahlen zeichnen hatten, ist den dort dominierenden Bündlern auf die Nerven geschlagen. Diese sind Meinung, daß sie nur allein die Fähigkeiten und Geschick besitzen, über das Wohl und Wehe der Gemeinde zu entscheiden.

Recht drastisch ist hier zum Ausdruck gekommen,

Mörder — Redakteur.

In bezug auf die vergebliche Polizeijagd auf den Mörder Hennig in Berlin veröffentlicht die Frkft. Ztg. folgendes, eine bittere Wahrheit enthaltende Gedichtchen:

Der Mörder — den die Polizei
Ergriffen hatte — ist entkommen,
Er hatte sich zuerst, als sei
Er ohne Schuld und Fehl, benommen
Und still des Augenblicks geharrt,
Bis es ihm glückte, aus den Kreisen
Der Staatsgewalt, die er genarrt
Und nasführt hat, auszureißen.

Wär' er statt Mörder Redakteur
Gewesen, wär' dem schweren Jungen
Die Flucht vor drohendem Verhör
Ganz sicher nicht so gut gelungen;
Er wär', wenn ihn ein Preßdelikt
Belastet hätte und kein Morden,
Vom Kriminalbeamten strikt
Und rücksichtslos — gefesselt worden!

Kleines Feuilleton.

Aus Katholisch-Westfalen erzählt Heinrich Lee im Berliner Tageblatt ein paar hübsche münsterische Geschichten. Nach Münster kam eines Abends ein Berliner, der einen Droschkenkutscher anrief und von ihm wünschte, nach einem Lokal gefahren zu werden, wo man sich ein bißchen mit hübschen Mädchen amüsieren kann. Der Droschkenkutscher fuhr seinen Gast zum Dom, ließ ihn dort aussteigen, sagte zu ihm: „Sie oller Swienegel, ick werd' Ihnen wat bemädken. Job (geben) Se da rin und beten Se söß (sechs) Vaterunser." Und ohne von dem Berliner Sünder selbst nur den Fuhrlohn zu nehmen, fuhr er davon.

Ganz im besonderen aber wendet sich die Münsterische Sittenstrenge den Schaufenstern zu. Ein Kunsthändler hatte neulich ein Bild ausgelegt, das die Vertreibung des ersten Menschenpaares aus dem Paradiese vorstellte. Obwohl die beiden Figuren dem Beschauer nur die weniger verfängliche Rückseite zukehrten, so genügte das noch schon, um die fromme Entrüstung zu wecken, und der Kunsthändler konnte diese nur dadurch beruhigen, daß er auf die beiden kritischen Körperteile je ein Feigenblatt legte.

Ein Kolonialwarenhändler erzählte mir folgenden Fall: Er hatte in seinem Schaufenster ein Zigarettenplakat liegen, auf dem sieben junge Damen abgebildet waren, die wegen Regenwetter die Röckchen etwas hoben, und die vielleicht auch oben am Halse etwas fußfrei waren. Sogleich bekam er von einer vornehmen Kundin einen Brief, worin es hieß, daß sie bisher ihre Schokolade bei ihm gekauft habe, daß sie aber so lange nicht seinen Laden wieder betreten könnte, als bis er das anstößige Bild entfernt habe.

Ein Arzt hatte ein Schild an seinem Hause angebracht, worauf zu lesen stand: „Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten", und das Münsterische Sittlichkeitsgefühl beschwichtigte seinen Zorn darüber nicht eher, als bis bloß noch die Hautkrankheiten auf dem Schilde übrig blieben, die beiden andern Krankheiten aber davon verschwunden waren.

Politische Satire in Rußland. Ein politisch-satirisches Blatt, das ein Produkt der letzten Revolutionswochen in Rußland ist, trägt den Titel: Die Pfeile. Als Motto führt die erste Nummer Trepows berühmte Ordre in den Petersburger Revolutionstagen: „Patronen nicht schonen, keine Platzpatronen gebrauchen." Dieser russische Simplicissimus ist in schwarz und rot gedruckt. Was künstlerische Ausstattung und beißende Satire betrifft, kann es sich natürlich mit dem deutschen Muster nicht vergleichen, hat aber in Rußland nicht weniger Erfolg als dieses. Unter den Beiträgen der ersten Nummer ist vielleicht am charakteristischsten eine Klassifikation der Gegenstände:

Lehrmittel: Nagaika, Säbel, Pike usw.
Spielzeug: Konstitution, Freiheit, verantwortliches Ministerium.
Gebäude: Gefängnis, Kirche, Palais.
Haustiere: Liberale Bourgeois, Hooligans, Fabrikant, Gutsbesitzer.
Wilde Tiere: Proletarier, Matrose, Arbeitsloser, Bauer.
Grasfresser: Bauern, Hasen, Arbeiter-Kinder, Kamele.
Fleischfresser: Reidthardts, Korlows, Kaulbars.
Verwandtschaftsgrade: Kosaks, Henker, Gendarm, Hooligans, Gouverneur, Polizeimeister.

Aus der Karnevalsnummer des Simplizissimus.

Die Zwillinge Kaisertum und Reichstag. Im Jahre 1871 wurden die beiden Zwillinge Kaisertum und Reichstag geboren.

Das Gedeihen der Kinderchen zeigte aber merkwürdige Unterschiede. Während das Kaisertumskind mit jedem Monat stärker und voller wurde, war der kleine Reichstag schon bald nach der Geburt kränklich und siech.

Auch die Behandlung im Elternhause und in der Schule war eine ganz verschiedene. Dem Kaisertumchen kamen die Lehrer mit großer Ehrfurcht entgegen, während der kleine Reichstag als widerspenstig und unfolgsam häufig gezüchtigt werden mußte.

Darum schmückte man auch das Kaisertumchen mit den schönsten Kleidern, gab ihm viel Taschengeld und ließ es prächtig einherstolzieren. Das Reichstagchen dagegen erhielt keinen Pfennig. Während es um Diäten bat, wurde es zur Ruhe verwiesen, und so mußte es stets im Gewande der Armut einhergehen.

Als das Kaisertumchen 19 Jahr alt war und sich für männlich hielt, schmiß es seinen Papa, den alten Fürsten Bismarck, hinaus.

Und von dieser Zeit an wurde es auch gegen den Zwillingsbruder, den Reichstag, sehr strenge und zeigte ihm, wer eigentlich der Herr sei.

Das Reichstagchen fügte sich und zwar zuletzt durch die Belehrung des Herrn von Bülestrem so weit gebracht, daß es zufrieden war, wenn es seinem Zwillingsbruder die Schuhe putzen durfte.

Auch dafür erhielt er kein Taschengeld, und so wird es sein kümmerliches Dasein bald beschließen und an der Auszehrung sterben.

Verbrüderung. „Sehgn S', dös has' i gki g'sehgn, daß Sie a Preiß san. Dös macht aber nix, wenn S' nur sonst an ordentlicher Mensch sant!"

Der Herr Staatsanwalt auf der Redoute. Domino, willst du nicht eine Tour mit mir tanzen? „Na, mit dir tanz' i net, du hast mir erst neulich 'Tag' G'fängnis auffig'haut."

Ein gutes Zeichen. „Wenn er von der an solchen Rausch hoambringt na sag' i nix; dös is a Garantie, daß er mir net untreu word'n is."

Berliner Karneval. Um den Reichstagsneuen entgegenzukommen, hat man an höchster Stelle beschlossen, einstweilen statt der Diäten die Abfälle Hofküche zu verabreichen.

Humoristisches.

Wer kommt in den Himmel? Der Pfälzische wird das folgende Geschichtchen aus einem Dorfe Nähe von Ludwigshafen mitgeteilt: Im Religionsunterricht fragt der Herr Pfarrer: „Sage mal, wer kommt denn in den Himmel?" Jakob, an Spruch denkend: Es geht eher ein Kamel durch Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel kommt erwidert: „Die arme Leut," worauf der Herr Pfarrer den salomonischen Ausspruch von sich gibt: „Ja, das den die Sozialdemokraten lachen!"

Der Bauer in der Stadt. „Was Dümmeres net, als d' Stadtweiber; z'erscht macha s' d' Nas nacha heben sas in d' Höch."

Wahres Geschichtchen. Zwei Bauern sitzen einer Bank. „Hoscht a Fuir?" (Feuer), fragt plötzlich. „Jo." Schorsch reicht ihm Zündhölzer. a an Tabak?" Wieder reicht ihm Schorsch dose langte. „Hoscht mer a a Pfuif?" Jetzt aber reißt Geplagten die Geduld und unmutig frägt er: „Brauchscht epper a Maul aa?"

Ein praktisches Mädchen. „Es ist wirklich Unglück, mein Kind, daß du so groß bist." sagt Mama zu ihrer etwas lang geratenen Tochter, „sollen wir da bloß einen passenden Mann für finden!"

„Na, laß nur, Mama," tröstete die Tochter, wenn nicht einen Großen kriegen kann, nehme ich eben Kleine."

die von den Bauernbündlern herausgegebenen Flugblätter bei der Landtagswahl samt und sonders den Passus besitzen, möglichste Berücksichtigung des Arbeiterstandes bei allen Wahlen. Die Bürgerausschußwahlen haben aber gezeigt, daß von diesen Schutzzöllnern die Arbeiter nichts zu hoffen haben.

Den Gölshauser Arbeitern wäre nur zu empfehlen, immer so einig zu sein, wie dieses besonders bei dieser Wahl zum Ausdruck gebracht wurde.

Bis heute stehen sie noch der politischen Organisation fern, auch ist in Gölshausen noch kein einziger Volksfreundabonnent vorhanden, hoffentlich wird das Versäumte nachgeholt, dann ist auch die Gewähr vorhanden, auch bei anderen Gelegenheiten Siege für die Arbeiter zu erringen.

Aus dem Reiche.

Stuttgart, 20. Febr. Gasvergiftung. In der Nacht zum Samstag ist ein Reisender in einem hiesigen Gasthaus in seinem Zimmer an Gasvergiftung gestorben. Die Untersuchung hat ergeben, daß am Gasofen das Ventil nicht vollständig verschlossen war und dadurch eine heftige Gasausströmung stattgefunden hat.

Mainz, 20. Febr. Wegen Verbrechens gegen den § 176 Abs. 3 hatten sich heute vor der hiesigen Strafkammer zwei Ehefrauen, die 44jähr. Katharina Acker und die 25jährige Katharina Köhler, beide in Westfalen wohnhaft, zu verantworten. Die beiden Angeklagten hatten sich an einem 14jähr. Knaben sittlich vergangen und außerdem öffentliches Aergernis erregt. Die Angeklagten wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt.

Nürnberg, 20. Febr. Die Strafkammer verurteilte die 33 Jahre alte ledige Händlerin Christine März, die ein erst 14 Jahre altes unbescholtenes Mädchen gegen Zahlung von 25 Mk. einem unbekannten Herrn zugeführt und hierfür ihr Zimmer zur Verfügung gestellt hatte, wegen Kuppelei zu einem Jahre Gefängnis. Sie wurde sofort verhaftet.

Barmen, 21. Febr. Beim Bau eines Wasserbassins des städt. Wasserwerks stürzte ein Gewölbe ein. Zwei Maurer wurden tödlich verletzt.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 22. Febr.

Gruppe Mühlburg des sozialdemokratischen Vereins.

Im Restaurant „Rheinkanal" findet am Samstag den 24. ds. Mts. eine Gruppenversammlung statt, in welcher ein Vortrag über russische Zustände gehalten wird. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Der städtische Fischmarkt

findet von jetzt ab außer Dienstag und Freitag Vormittag auch Donnerstag Nachmittag von 4 bis 7 Uhr statt.

Eine kleine Gegenrechnung.

Der Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Herr Geh. Rat Professor Honsell von der technischen Hochschule, sagte am Samstag in der 1. Kammer, die unteren Staatsbeamten seien begehrlich geworden. Unter Bezugnahme darauf schreibt uns ein Freund unseres Blattes: Ich schlage das Budget auf und finde, daß der Abgeordnete neben den pro Tag 12 Mk. betragenden Diäten bezieht:

Besoldung	Mk. 7500
Dienstwohnung, bezw. Wohnungsgeld	„ 1250
Als Professor der Hochschule	„ 800
Für Meteorologie usw.	„ 2000
Bei Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	„ 1000
	Mk. 12550

Den Tagelohn für die beim Vater Staat beschäftigten „Beamten" hat man vor zwei Jahren auf 2 bis 3.20 Mk. festgesetzt. Bei einem Professors-Tagelohn von etwa 35 Mk. würde auch die Begehrlichkeit der unteren Beamten verschwinden.

Lohnbewegung der Schneider.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hatte für Montag Abend ins Restaurant Möhrlein eine öffentliche Versammlung einberufen, welche außerordentlich stark besucht war. Der Gauleiter Kollege Mirus aus Frankfurt a. M. referierte über Die Lohnbewegung der Karlsruher Maßschneider. Redner führte unter anderem aus, der Lohntarif, welcher heute noch für Karlsruhe maßgebend sei, existiere seit dem Jahre 1900, also seit 6 Jahren. In dieser Zeit haben sich unsere Wirtschaftsverhältnisse derart verschlechtert, daß es den Schneidern absolut nicht mehr möglich ist, ein menschenwürdiges Dasein unter diesen Verhältnissen zu führen. Dadurch gezwungen, habe nun die hiesige Verbandsleitung einen den heutigen Verhältnissen Rechnung tragenden Tarif ausgearbeitet, der immerhin noch als sehr mäßig bezeichnet werden kann und bei einigem guten Willen der Arbeitgeber auch voll und ganz angenommen werden könnte. Er empfiehlt der Versammlung, daß dieser Lohntarif im Laufe des Dienstag den Arbeitgebern zugesandt werde mit dem Ersuchen, bis 1. März eine Antwort darüber geben zu wollen, wie sie sich stellen und ob sie eventuell bereit wären, in Unterhandlungen einzutreten. Diese Verhandlungen sollen nur zwischen beiden Organisationen stattfinden. Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen und einer kurzen Diskussion, die sich vollständig mit den Auslassungen des Kollegen Mirus deckte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute im Restaurant Möhrlein, Kaiserstr. 13, stattfindende öffentliche Schneiderversammlung erklärt sich nach Anhörung eines Referates des Gauleiters Kollegen Mirus aus Frankfurt mit der Revision des Lohntarifs in Form von erhöhten und vermehrten Positionen voll und ganz einverstanden.

Die Versammlung erwartet daher, daß die Forderungen, so wie sie in dem Entwurf vorgesehen sind, baldmöglichst den Arbeitgebern unterbreitet werden. Die Anwesenden hoffen und erwarten, daß diese gestellten Forderungen von den Arbeitgebern als gerecht anerkannt werden, somit auf friedlichem Wege eine Einigung erzielt werde.

Der Stadtrat und die Feuerhausarbeiter.

Man schreibt uns: Bekanntlich haben die Gasarbeiter im Gaswerk II schon im April v. J. eine Eingabe an den Stadtrat gerichtet betr. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Mehrmals haben auch Verhandlungen stattgefunden zwischen Arbeiterdeputationen und Vertretern der Stadtbehörde, aber nie kam es zu einem Resultat. Die Stadtverwaltung hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, lieber etwas mehr zu bezahlen, als das Dreischichten-System einzuführen.

Im Dezember v. J. hat man namentlich abstimmen lassen, wer für Achtstundenschicht, wer für 10 Pf. Lohnerhöhung sei. Das Ergebnis war: 38 für Achtstundenschicht, nur 6 Mann für Beibehaltung der 12stündigen Schicht bei Lohnerhöhung um 10 Pf. Doch dieses Ergebnis hat der liberale Stadtrat nicht gewollt. Er ließ den Arbeitern einen Revers vorlegen, daß sie auf die Achtstundenschicht verzichten und 30 Pf. mehr Lohn wollen. Die fügsamen Arbeiter haben samt und sonders unterschrieben, um endlich dieser Nasführung aus dem Wege zu gehen. Sie meinen, bis der hiesige Stadtrat sozialer wird und dann nach langen Erhebungen die lange Arbeitszeit doch beibehält, wären die Arbeiter pro Tag um 3 Groschen gekommen. Doch muß Schreiber dieses den Arbeitern sagen, daß sie unrichtig gehandelt haben, die paar Pfennige mehr Lohn brauchen sie in den 4 Stunden für Bier, und der Stadtrat läßt ihnen keine Zeit dazu, über die Schädlichkeit des Alkohols nachzudenken, sonst müßte er begreifen, daß 12 Stunden im Retortenhaus, zumal, wenn jetzt die heiße Jahreszeit wieder kommt, zu viel sind für die Arbeit vor den Oefen, welche 13 bis 1400 und noch mehr Grad Hitze haben.

Der Gesundeste und Stärkste muß bei einer solchen Qual frühzeitig durch den Tod seiner Familie geraubt werden. So wird es denn nicht ausbleiben, daß der Stadtrat sich in absehbarer Zeit doch wieder mit dieser Materie beschäftigen muß.

* **Fastnacht.** Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung während des Karnevals hat die großh. Polizeidirektion verfügt: 1. Die Veranstaltung von öffentlichen Maskeraden und Aufzügen ist rechtzeitig anzuzeigen. 2. Darstellungen und Masken, welche gegen die gute Sitte verstoßen, sind verboten. 3. Uniformen des deutschen Heeres und Zivilbeamter sowie geistliche Kleidungen dürfen von Masken nicht getragen werden. 4. Das Werfen mit Papierschlangen, Konfetti usw. in Wirtschaften ist verboten. 5. Der Verkehr von Masken auf der Straße und in Wirtschaften am hellen Tage ist nur in der Zeit von Fastnachtsonntag bis -Dienstag gestattet. Am Fastnachtsonntag darf während des Gottesdienstes in der Nähe der Kirchen kein störender Lärm verübt werden. 6. Das Einsammeln von Geld durch Masken wird als Bettel bestraft. 7. Am Fastnachtdienstag nachmittags von 2 bis 6 Uhr bleibt die Kaiserstraße für den Verkehr mit Lastwagen gesperrt. 8. Die Fußgänger werden ersucht, bei starkem Verkehr sich gegenseitig rechts auszuweichen.

Versammlungsberichte.

Partei.

Schopfheim, 21. Febr. Die am Samstag, 17. Febr., stattgefundene gut besuchte Mitgliederversammlung erledigte u. a. auch die Neuwahl des Kreiskomitees. Gen. Müller, welcher seit beinahe 3 Jahren als Kreisvertrauensmann fungierte, lehnte eine Wiederwahl wegen Arbeitsüberhäufung ab, an seine Stelle wurde Genosse Forsthuber gewählt, die übrigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Um dem Volksfreund mehr als bisher Eingang in die Arbeiterschaft zu ermöglichen, wurde eine Kommission bestimmt, um Hausagitation zu betreiben. Dieselbe nahm am Sonntag ihre Tätigkeit auf und wurden 25 Abonnenten neu gewonnen; wir werden nun diese Arbeit öfter wiederholen. (Bravo. Red. des Volksfr.) Seit dem dreijährigen Bestehen der Mitgliedschaft hat sich der Abonnentenstand verzehnfacht, wird so weitergearbeitet, so wird ein endlicher Erfolg nicht ausbleiben.

In folgenden Wirtschaften, welche wir zu berücksichtigen bitten, liegt der Volksfreund auf: Winterhalter im Hammer, Rößle, Schindler (Brauerei Herbster), Kranz (Parteilokal), Krone, Bierhalle Kast, Bahnhofrestauration und Schleith, Wehrerstraße.

Der Mordprozeß Schelhaas und Marter.

Die Saufkathl.

Der frühere Kriminalschutzmann Kopp in Straßburg deponierte, daß die Wohlgemut in Straßburg längere Zeit unter sittenpolizeilicher Kontrolle stand und oft abends mit anderen Frauenzimmern streunte. Einmal kam sie mit einem Herrn in Differenzen, in deren Verlauf sie ihm den Schlüsselbund ins Gesicht schlug. Sie hatte den Spitznamen „Saufkathl" deshalb, weil sie dem Schnaps ergeben und oft „voll" war. Einem betrunkenen Frauenzimmer traue er alles zu. Pikard habe sie um 400 Mk. angepumpt, jedoch nur 200 bekommen.

Der Frau Schelhaas wird nunmehr eine Photographie vorgezeigt, auf der sie vollständig nackt abgebildet ist.

Die Angeklagte Schelhaas behauptet, daß sie von einem Bildhauer zu künstlerischen Zwecken photographiert wurde.

Die Privatiere Kies hat die Wohlgemut vor 18 Jahren in Straßburg kennen gelernt und hat bei ihr dort eingekauft. Sie hat von der Wohlgemut gehört, daß sie von Pauli 15 000 Mk. bekommen habe. In der letzten Zeit ihres Geschäftsbetriebes hatte sie mit einer Frau Wechselgeschäfte gemacht. Auch hat sie viel mit Herren verkehrt und daraus Einnahmen gezogen. Sie hatte immer einen Schlagring bei sich, wenn sie ausging. Bei ihrem Wegzug von Straßburg sei sie gezwungen gewesen, Sachen zu versetzen.

Architekt Karl Rauscher kennt die Schelhaas seit Anfang 1890. Er hatte mit ihr einige Male verkehrt. Eines Tages verlangte sie von ihm, daß er einen Wechsel über 600 Mk. unterschreiben solle. Als er sich weigerte, ging sie mit einem langen Messer auf ihn los, worauf er sich schleunigst „weggemacht" habe.

Justizrat Bernstein läßt aus den Akten eine unsinnige Steuererklärung Cramms feststellen, aus der Schlüsse bezüglich der Geistesverfassung Cramms gezogen werden können. Sie lautet: „Bei der heutigen beliebten Steuerpressung dürfte erwünscht sein, daß die vielseitige Fusion gleichzeitig die respektive Steuerskala kund gibt, woraus Logik zu ziehen wäre."

Die Vermögensverhältnisse der Frau Schelhaas.

Nachmittagssitzung.

Oberamtsrichter Weber, ein Verwandter des Assessors Pauli, weiß, daß dieser einiges Vermögen hatte, das er bis zu seinem Ableben aber ziemlich aufgebraucht haben dürfte. Daher wird Pauli im Jahre 1888 auch nicht über besonders große Mittel verfügt haben. Er müsse es deshalb auch bezweifeln, daß Pauli vor seiner Verbringung ins Krankenhaus der Wohlgemuth (Schelhaas) 15 000 Mark habe schenken können.

Sanitätsrat Pauli hat seinen Vetter, den Gerichtsassessor Pauli, noch eine Viertelstunde vor seinem Tode besucht. Dieser habe ihn gebeten, etwas für die Wohlgemuth (Schelhaas) zu tun, damit sie nicht in eine Notlage komme. Vielleicht könne man sie mit Näharbeiten beschäftigen. Er habe getan, was er für sie tun konnte, allein er lasse sie doch in kümmerlichen Verhältnissen zurück. Zeuge glaubt daher nicht, daß Pauli der Wohlgemuth noch kurz vorher 15 000 Mk. zugewendet habe; er hätte ihm dieses sicher auch gesagt.

Hierauf werden die Verhältnisse Schelhaas während ihres Aufenthaltes in Metz besprochen. Im Winter 1893—1894 war sie in einem Café als Kellnerin in Stellung; dann ging sie zur Weltausstellung nach Antwerpen. Nach kurzem Aufenthalt kehrte sie nach Metz in ihre frühere Stellung zurück.

Cafétier Müller schilderte die Angeklagte als brauchbar und fleißig im Geschäft. Sie sei sehr sparsam gewesen, er habe von ihr gehört, daß sie sich in Antwerpen 1000 Mk. verdient habe. Ihre Ersparnisse verwahrte sie stets in einer Kassette.

Bei der Kaufmannsfrau Margareta v. Oelhafen in Longville war die Schelhaas als Zugeberin in Stellung. Im Jahre 1904 hatte die Zeugin mit den Schelhaas'schen Eheleuten in Metz eine Begegnung. Sie waren sehr nobel gekleidet und erzählten, daß sie eine Villa bei München besitzen. Darauf hatte die Zeugin scherzweise geäußert: „Kathi, entweder Sie haben eine Erbschaft gemacht oder einen erschlagen und ausgeraubt." Frau Schelhaas sei darauf auffallend unruhig geworden und habe entgegnet: „Es geht uns halt jetzt besser." Darauf habe sie zum Fortgehen gedrängt.

Die Mechanikersfrau Anz traf die Schelhaas einmal am Markt in Metz. Sie war damals ärmlich gekleidet und klagte darüber, daß es ihr schlecht gehe. Den Schelhaas könne sie nicht heiraten, weil seine Pension zu knapp sei. Sie war lustig und zugleich grob; die Zeugin hätte nichts mit ihr zu tun haben mögen. Als sie mit Schelhaas bekannt wurde, äußerte die Wohlgemut, sie habe einen Dummen gefunden, der ihr die Zeche bezahle.

Hierauf folgt die Vernehmung der

Zeugen aus Konstanz.

Notar Dr. Bagin bekundet, daß eines Tages Heinrich Schelhaas zu ihm gekommen sei und ihn um Errichtung einer Urkunde ersucht habe, wonach ihm das Vermögen des bei ihm wohnenden Cramm, den er auf Lebzeiten behalten solle, gesichert werde. Als auf seine Frage, ob Verwandte vorhanden seien, Schelhaas geantwortet habe, daß zwei Söhne am Leben sind, gefiel ihm die Geschichte nicht. Unter dem Vorwande, daß Schelhaas nicht in seinem Amtsbezirk wohne, schickte er ihn wieder fort.

Privatier Pickard hatte mit Schelhaas das Anwesen vertauscht; Schelhaas hatte eine Anzahlung von 7200 Mk. zu leisten, weiter gab er ein Bild im Anschlagswerte von 600 Mk. daran; für den Rest wurde eine Hypothek bestellt. Zeuge hielt Schelhaas für vermögend. Er hatte einen Wechsel über 600 Mk. pünktlich eingelöst. Auf eine Frage des Staatsanwalts glaubt Zeuge nicht, daß jemand, der unverzinsliche Darmittel von mehr als 6000 Mk. in der Tasche trägt, trotzdem eine Hypothek aufnimmt und dafür 4½ Proz. Zinsen zahlt.

Privatier Overbeck hat dem Schelhaas das Haus abgekauft um 48 000 Mk.; im Oktober 1902 habe er ihm 10000 Mk. bar ausbezahlt. Er hielt Schelhaas und seine Haushälterin für sparsame Leute und war daher überrascht, als er von dem auffallenden Luxus der Schelhaas hörte. Zeuge hat Frau Schelhaas einmal nach dem alten Cramm gefragt und die Antwort erhalten, daß sie den alten Cramm schon lange „abgeschafft" haben.

Die Kontrolleurstochter Pia Enz hat bei ihren Eltern mit Schelhaas und seiner Haushälterin im gleichen Hause gewohnt. Sie sind so lange gut ausgekommen, bis Cramm in Haus zog. Cramm habe auf radfahrende Damen vom Fenster herabgespuckt und fortgesetzt geschimpft und räsonniert. Einmal sprach die Angeklagte auch von einem Abfindungsvertrag. Cramm sollte 40 000 Mk. bezahlen und dafür auf Lebensdauer Pension haben.

Eine andere Zeugin sagt, daß die Schelhaas einen Monat vor der Abreise sagte, daß sie Cramm nicht mitnehmen werden. Er sollte nur wieder zu seiner Frau und zu seinen Kindern gehen. Vom Dienstmädchen habe sie gehört, daß die Herrschaft nach München ziehe und daß sie den Cramm nach Graz abgemeldet habe.

Reichstag.

Berlin, 21. Febr.

48. Sitzung.

(Sitzung vom 20. Febr. (Schluß) in der Beilage.)

Tagesordnung: Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag. (2. Beratung.)

Abg. Dr. **Herzfeld** (Soz.): Unser Antrag ist ein Weg zur Eroberung der politischen Macht durch die Sozialdemokratie, und es ist daher klar, daß die bürgerlichen Parteien sich mit aller Macht dagegen sträuben. Darum erklärt es sich, daß, als die Sozialdemokraten von ihrem Rechte Gebrauch machten, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in friedlicher Weise zu demonstrieren, der geschäftsführende Ausschuß der bürgerlichen Klassen, nämlich die preußische Regierung, Armeekorps gegen die Sozialdemokratie mobilisierte und deutlich zum Ausdruck brachte, daß man die Absicht habe, diese friedliche Demonstration in einem Blutbade zu ersticken. Und nicht nur die uniformierte, sondern auch die nicht uniformierte Armee von Staatsanwälten und Verwaltungsbeamten hat man gegen uns mobilisiert. Man hat die Flugblätter konfisziert, man hat die Flugblattverteiler arretiert. Der preußische Minister Beseler hat im Abgeordnetenhause mit dürren Worten erklärt, daß er entsprechende Anweisung an die Verwaltungsbehörden erlassen habe. Kein einziger Redner der bürgerlichen Parteien hielt es für nötig, gegen diese Prostitution der preußischen Justiz zu protestieren. (Unruhe rechts.) An die Gerichte allerdings hat er keine Anweisung erlassen, wie er ausdrücklich festgestellt hat. Aber das war auch nicht nötig. Die Gerichte hören das leiseste Summen der Fliegen im Justizministerium. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und als der preußische Ministerpräsident im Herrenhause mit einer ähnlichen Erklärung eine Prostitution der preußischen Justiz vornahm (Ordnungsruf des Präsidenten.)

Der weiße Schrecken herrscht in Preußen und in Norddeutschland. Brave Männer sind zu horrenden Strafen verurteilt worden. Der Redakteur Löbe in Breslau ist zu einem Jahre, Redakteur Heinig in Leipzig zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Unser Antrag aber marschiert. Sie mögen (nach rechts) noch so sehr die starken Männer markieren. Sie wissen ganz genau, daß Sie auf die Dauer nicht drei Millionen Wähler von der Teilnahme an der Landesgesetzgebung ausschließen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn Graf Posadowsky hier die Erklärung abgegeben hat, daß die Reichsregierung sich unter keinen Umständen vom Reichstagswahlrecht abdrängen lassen will, so verdankt das deutsche Volk diese Erklärung neben der russischen Revolution in erster Linie der Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokratie. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Schließlich befürwortet Redner den Antrag noch mit dem Hinweis auf die Verhältnisse seines „lieben, engeren Vaterlandes" Mecklenburg. Unser Antrag wird ja wohl heute abgelehnt werden; er wird wiederkommen, bis er durchgeführt sein wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Nationalliberalen) haben kein Interesse für diesen Antrag. Ihre Ellenbogenfreiheit für unbeschränkte kapitalistische Ausbeutung ist erreicht und darüber hinaus erstreben Sie allenfalls einen Orden oder einen Posten für Brüder, Neffen oder Schwiegersöhne. (Lachen und Heiterkeit.) Unser Ideal geht weiter hinaus. Wir wollen das Volk zur Kultur erheben (Heiterkeit), wir wollen es aus der Knechtschaft in Freiheit führen (Zurufe rechts: Und der Jude auch dabei! Heiterkeit) und den Weg zu diesem Ziele soll unser Antrag bahnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. **Maltzahn** (kons.): Wenn wir die mecklenburgische Verfassung weiter ausbauen, und wir sind dazu bereit, so werden wir das Gute konservieren, was die jetzige ständische Verfassung enthält.

Abg. **Stöcker** (christl.-soz.): Da es sich bei dem vorliegenden Antrage, wie uns eben ausdrücklich versichert worden ist, um einen sozialdemokratischen Vorstoß handelt, so werden ihn meine näheren christlichen Freunde ablehnen. Gewiß, das Dreiklassenwahlrecht ist einseitig, aber das Reichstagswahlrecht ist es auch. In jedem Falle müßte also das Reichstagswahlrecht bei seiner Uebertragung auf die Landtage durch eine Art ständischer Vertretung ergänzt und verbessert werden.

Abg. **Wiltberger** (Els. Landespartei) weist gegenüber den Ausführungen des Abg Blumenthal in der Sitzung vom 14. d. M. den Vorwurf zurück, daß seine politischen Freunde im elsaß-lothringischen Landesausschuß gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gesprochen und gestimmt hätten. Umgekehrt sei der Verdacht begründet, daß es der liberalen Landespartei in Elsaß-Lothringen nicht recht ernst mit der Einführung des Reichstagswahlrechtes sei.

Abg. **Schlumberger** (ntl.): Unsere Ideale in Elsaß-Lothringen waren früher: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Von der Freiheit will ich nicht reden. (Heiterkeit!) Die Freiheit, die uns die Sozialdemokratie bringen will, macht mir Angst (Heiterkeit!), und die Freiheit, unter der wir in Elsaß-Lothringen augenblicklich leben, ist die Freiheit des Polizeistaates. Von der Brüderlichkeit rede ich auch nicht. (Erneute Heiterkeit!) Von der Gleichheit will ich sprechen. Wir in Elsaß-Lothringen verlangen Gleichheit und wenn das Wahlrecht so gestaltet werden könnte, daß es der Gleichheit diente, so ließe sich über die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bei uns in Elsaß-Lothringen reden. (Schluß folgt.)

Die Revolution in Rußland.

In Russisch-Polen

wurden in letzter Zeit über 2000 Personen wegen Teilnahme an der großpolnischen Agitation verhaftet. An eine Aufhebung des Belagerungszustandes in Polen ist vorläufig noch nicht zu denken.

Russische Regierungstelegramme.

Die Petersburger Telegraphenagentur verbreitet folgende Meldungen:

1. In Usman (Gouv. Tambow) verschafften sich Räuber unter dem Vorgeben, Revisionsbeamte zu sein, Eingang in das Staatskassengebäude, töteten drei Beamte und raubten 220 000 Rubel. Hierauf suchten sie das Weite.

2. Am hellen Tage wurde in Riga in der Alexanderstraße der Laufbursche einer Fabrik von sieben bewaffneten Räubern angegriffen und einer Summe von 11 000 Rubel beraubt, die der Fabrik gehörten.

3. In Kiew drangen im Zentrum der Stadt acht bewaffnete Männer in die Wohnung einer Rentnerin ein, erbrachen ihren Geldschrank und raubten 800 Rubel und Schmucksachen. Es gelang ihnen, sich und ihren Raub in Sicherheit zu bringen.

4. In Bjelostok in dem Laden eines Barbiers in der Lipovajastraße platzte eine Bombe, ohne jemanden zu verletzen. Der Barbier wurde verhaftet.

Man merkt die Absicht dieser offiziösen Lügenanstalt.

Pogrom-Organisation in Odessa.

Die Odessaer Juden sind in großer Aufregung, da dort eine umfassende Agitation zu neuen Pogroms einsetzt, die von der Regierung direkt unterstützt wird. Man erwartet von Tag zu Tag einen Pogrom. Die „Partei der rechtlichen Ordnung", die aus einem Haufen von nichtsnutzigen Kerls besteht und von der sich auf dem letzten Parteitage alle anständigen Mitglieder lossagten, treibt eine wüste Agitation. Ihre Versammlungen werden in den Kasernen veranstaltet, was natürlich nicht ohne Erlaubnis der maßgebenden Behörden geschehen kann. Unter den Soldaten wird eine besonders heftige Agitation geführt. Es kursieren entsetzliche Gerüchte. Man erwartet die Aufhebung des Kriegszustandes, eine Maßregel, die die Regierung gewissermaßen nachträglich für die zu erwartenden Vorkommnisse unverantwortlich machen soll, und die Abberufung des Stadthauptmann Grigorieff, der bisher noch als einziger Beamter der Agitation von Pogroms Widerstand entgegensetzte. Die Stimmung ist eine gedrückte. Die jüdischen bürgerlichen Kreise verlassen die Stadt.

600 Kosaken meutern

im Kubangebiet. Mit Truppen im Gefecht. Ausgang unbekannt.

Letzte Post.

Große Falschmünzerbande

in Köln, Bonn, Koblenz aufgehoben.

Konflikt

zwischen Studenten und Polizei in Budapest blutig verlaufen.

Unruhen

im Nigeria-Gebiet (Engl.-Afrika).

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gruppe Mühlburg.) Samstag den 24. d. M. abends ½9 Uhr, im „Rheinkanal" Mitgliederversammlung mit Vortrag über die russischen Verhältnisse, gehalten von einem russischen Parteigenossen. Zahlreichen Besuch erwartet Der Obmann.

Forchheim. Am Freitag, abends 8 Uhr, findet bei Genosse Leicht (Gasthaus zur „Lokalbahn") eine Fraktionsversammlung statt, wozu sämtliche soz.-demokr. Bürgerausschuß- und Gemeinderatsmitglieder eingeladen werden. Auch die demokratischen Mitglieder sind willkommen. Der Vorstand.

Brötzingen. (Arbeiter-Wahl-Verein.) Donnerstag den 22. Februar 1906, abends halb 9 Uhr: erste Sitzung des Diskutier-Klubs. Diejenigen Mitglieder, die noch gesonnen sind, mitzumachen, wollen sich am Donnerstag Abend im „Grünen Baum" einfinden.

698 Die Verwaltung.

Briefkasten des Arbeitersekretariats.

(Bureau: Kurvenstraße Nr. 19, II. Sprechstunden täglich mit Ausnahme des Sonntags von mittags 12—½2 Uhr, am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag auch abends von 5—8 Uhr.)

A. K., hier. Jawohl, ein solches Reichsadreßbuch existiert und ist kürzlich in neuer Auflage erschienen. Das ganze Werk kostet etwa 30 Mk. und kann durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutsches

Schweinefett,

vorzüglich im Geschmack,
per Pfund 65 ₰, bei 5 Pfund à 62 ₰
bei Eimer rein netto 9 Pfund à 60 ₰
bei Kübel rein netto 25 Pfund à 58 ₰
bei Kübel rein netto 50 Pfund à 56 ₰

amerikan. Schweinefett,

garantiert rein,
per Pfund 54 ₰, bei 5 Pfund à 52 ₰
bei Kübel von 50 Pfund à 50 ₰

Süßrahm-Margarine,
Vitello-Butter,
bester Ersatz für Tafelbutter,
per Pfund 80 ₰, bei 5 Pfund à 75 ₰,

Konditorei-Margarine
per Pfund 70 ₰, bei 5 Pfund à 65 ₰,

Schmelz-Margarine,
sog. Butterschmalz,
per Pfund 80 ₰, bei 5 Pfund à 75 ₰,

Palmin
per Pfund 65 ₰, bei 5 Pfund à 62 ₰.
empfiehlt

Bernh. Kranz

Werderplatz 37, Ludwigsplatz 65.
Kaiserstraße 36, Ecke Kronenstraße,
NB. Bis zu 25 Pfund gewähre
5% Rabatt. 545.5

Sortierer

finden gut bezahlte, dauernde Stellung. Auch werden Mädchen, die das Sortieren lernen wollen, per sofort und auf Ostern bei sofortiger Bezahlung eingestellt. 657

P. E. Küter,
Cigarrenfabrik
Karl-Wilhelmstraße 40.

Jakob Freier

Möbeltransport-Geschäft
Karlsruhe, Sofienstr. 101, 1. St.
empfiehlt sich zu dem bevorstehenden

Wohnungswechsel

bei vorkommenden Umzügen nach allen Richtungen des In- und Auslandes bei prompter Bedienung und billigster Berechnung. 693

Schuhwaren.

Vom 23.—28. Februar gewähre ich auf **Herrenboxcalf-, Zug- Schnür- und Schnallenstiefel,** sowie auf **Damenboxcalf-Schnür- u. Knopfstiefel**

10% Rabatt.

Frau M. Huber,
Schuhgeschäft,
685 **Scherrstr. 4.**

Färberei D. Lasch

Telephon 1953

Läden: 28 Sophienstraße 28
40 Ludwigsplatz 40
50 Kaiserstraße 50
13 Augustastraße 13
33 Kaiserallee 33
63 Werderstraße 63

empfiehlt sich für alle in das Fach der

Färberei und chemischen Reinigung

einschlagenden Arbeiten. Anerkannt tadellose billige Bedienung. 44

Karl Hummel, Karlsruhe,
Werderplatz 41.

Rasiermesserhohlschleiferei.
Großes Rasiermesserlager.
Komplette Rasierzeuge.
Versand nach auswärts 197

Sofienbad.

Sofienstr. 85. Gute Bedienung.
Wannenbäder I. Kl. 50 ₰, Abonnement billiger, II. Kl. 30 ₰. **Kurbäder billigst.**
Täglich geöffnet von morgens 7 bis abends 9 Uhr. Sonntags bis 12 Uhr.
Mitglied des 2772.52
Rabatt-Spar-Vereins Karlsruhe.

Wein.

Kaiserstühler
von 50 ₰ an
Rotwein
von 60 ₰ an per Liter.
Im Faß:
Weisswein
48 von 40 ₰,
Rotwein
von 50 ₰ an per Liter.

C.L. Sickinger
Marienstr. 35 Telefon 1406.

Aufforderung.

Diejenigen Umlagepflichtigen, welche mit Bezahlung von Umlagenachträgen für 1905 sich noch im Rückstande befinden, werden hiermit aufgefordert, solche **bis längstens 1. März d. J.** anher zu bezahlen.
Karlsruhe den 21. Februar 1906
Stadtkasse:
J. V.: Schütz. 703.2

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Freitag den 23. Februar 1906, abends halb 9 Uhr, im **„Palmengarten“,** Herrenstraße

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Innere Angelegenheiten.
2. Jahresbericht der Kartellkommission und der übrigen Funktionäre.
3. Kassenbericht vom 4. Quartal 1905.
4. Wahl der Kartellkommission und der übrigen Funktionäre.
5. Das Ortsstatut der Gewerbeschule betr.

Die neugewählten Delegierten werden höflichst ersucht, vollzählig zu erscheinen. Auch werden die ausscheidenden Delegierten, sofern sie einen Vertrauensposten inne hatten, gebeten, in dieser Versammlung nochmals erscheinen zu wollen.
Die Kartellkommission.

Sängerbund „Vorwärts“ Karlsruhe.

Zu dem am **Samstag den 24. Februar d. J.** in den Räumlichkeiten des **„Auerhahn“,** Schützenstraße 58, stattfindenden 694

Schlusskränzchen

unserer Tanzabteilung laden wir sämtliche Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins höflichst ein.
Der Vorstand.
NB. **Narrenmütze obligatorisch** und am Saaleingang zu haben.

Gesangverein „Vorwärts“ Offenburg.

Fastnachtsonntag, abends 8 Uhr, findet im Nebenzimmer zur **Neuen Pfalz** eine

närrische Kappenkneipe

statt, wozu wir unsere Mitglieder nebst Freunden höflichst einladen.
Narrenabzeichen obligatorisch. 701
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Frisch-Auf Lahr.

Samstag den 24. Februar, abends 8 Uhr, im **„Bürgerbräu“**

Fastnachts-Unterhaltung

verbunden mit **Reigenfahren, komischen Vorträgen und Tanz,** wozu die verehrl. Vereinsmitglieder mit ihren Familienangehörigen und eingeladene Gäste freundlichst willkommen sind. 700
Der Vorstand.

Furtwangen.

Am **Sonntag den 25. Hornung** (Fastnacht-Sonntag) veranstaltet der närrische **Sing-Sang Lass-alli-a** in den Sälen des **Vorstadt-Kaspers** ein närrisches 697

Kostüm-Kränzchen

unter Mitwirkung des berühmten **Wälder-Orchesters Reichard u. Co.**
Anfang 6 Uhr 61 Min. Ende wenns fertig isch.
Ein Tritt frei!
Narrenzoll **40 Pfg.** für Herren. Damen umesunst.
Narrenkappen obligatorisch und sind am Eingang für 10 Pfg. zu haben.
Alles halb und ganz närrische Publikum ist hierzu höfl. eingeladen.
Das närrische Komitee.

Teure Zeiten

existieren nur für diejenigen Leute, welche ihre Einkäufe nicht an der richtigen Quelle besorgen.

Als Beweis hierfür liefern wir in lebendfrischer Ware:

Stockfische, per Pfund	. . . . .	**20** Pfg.
Backfische, „ „	. . . . .	**18** „
Cabliau, kopflos, per Pfund	. . . .	**25** „
Schellfische, kopflos, per Pfund	. . .	**25** „
Bücklinge, 5 Stück	. . . . .	**20** „

Alles andere enorm billig!
Obst- und Südfrüchte-Halle
„zur billigen Quelle“,
Markgrafenstraße 30 a, am Lidellplatz.

Städt. Fischmarkt.

Der Verkauf von frischen Seefischen aller Art in der städt. Fischmarkthalle findet außer zu den bisherigen Verkaufszeiten am **Dienstag und Freitag Vormittag** bis auf Weiteres auch am

Donnerstag Nachmittag von 4—7 Uhr

statt. 683.2
Karlsruhe den 20. Februar 1906.
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Original

Cottbuser Anzug-, Hosen- u. Paletot-Stoffe,
Frühjahrs-Neuheiten, vorzügliche, haltbare Qualitäten.

Westenstoffe in grosser Auswahl

Mk. 6.30
mit 5% Rabatt

Muster für Wiederverkäufer und Schneider zur Verfügung.

empfiehlt
Wilh. Wolf jr., Kaiserstrasse 82 a.
Tuch-Abteilung.

Ballgarderoben

aller Art, **Federnfächer, Boas, Tücher, Shwals, Handschuhe** etc reinigt in kürzester Frist bei pünktlichster Behandlung 454
Chem. Waschanstalt und Färberei **M. Weiss,** Blumenstr. 17, Kaiserstr. 199a Telefon 2034.

Teigwaren und Dürr-Obst.

Bruch-Maccaroni Pfund 21 Pfg.
soweit jeweils Vorrat,

Maccaroni 3, dick	. .	Pfd. **26** Pfg.
Maccaroni 1, dünn	. .	„ **30** „
Gemüse-Nudeln (breite, Hausmacher)		Pfd. von **25** Pfg. an

Neue Zwetschgen:

französische		p. Pfd. v. **16** Pfg. an
bosnische, mittelstückig		„ „ **20** „
„ großstückig		„ „ **25** „
„ größtstückige		„ „ **30** „
Kranz-Feigen	. . . .	Pfd. **23** Pfg.
Birnschnitze	. . . . .	„ **18** „
Dampfäpfel	. . . . .	„ **55** „
Aprikosen	. . . . .	„ **55** „

Mischobst Pfund 30 und 40 Pfg.
empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.
in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.
NB. **Unsere Geschäfte schließen abends 8 Uhr** (ausgenommen Samstags). 321.3

So:

695

— nur so sieht ein Paket des echten „Kathreiners Kneipp-Malzkaffee“ aus! — Darauf achte man beim Einkauf!

Tüchtiger

Rockarbeiter

sucht
682 **Wilh. Wolf jr.**

Abschlag.

Zwiebeln 1 Pfd. **5** Pfg., 5 Pfd. **22** Pfg.
Rollmöpse, Ia. frische Fische, 2 Stück **9** Pfg.
Bismarckheringe, Ia. frische Fische, 2 St. **9** Pfg.
Sardinen, 1 Stück **1** Pfg., 30 Stück **25** Pfg.
Sauerkraut, Weingärung, 1 Pfd. **8** Pfg.
Frankfurter Würstel, Paar **23** Pfg.

Emil Bucherer,
in den bekannten Verkaufsstellen.

Bekanntmachung.

Die Ergänzungswahl der Stadtverordneten betr.

Nr. 4144 Bei der heute durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Wahl eines Stellvertreters für den mit Tod abgeschiedenen Stadtverordneten, Herrn Privatmann Christof Ulrich, wurde mit Amtsdauer bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Bürgerausschusses gewählt:

Herr Dr. Richard Bielefeld, Rechtsanwalt.

Die Wahlakten liegen vom 21. ds. Mts. an während 8 Tagen im Rathaus 2. Stock, Zimmer 66, zu Jedermanns Einsicht auf.

Etwaige Einsprachen oder Beschwerden gegen die Wahl müssen innerhalb dieser Frist bei dem Bürgermeisteramt oder dem Großh. Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden.

Karlsruhe den 19. Februar 1906.
Der Oberbürgermeister:
Schnetzler.
696 **Reudel.**

Günstiger Gelegenheitskauf

wegen Umzug.

Rastatter Sparkochherde, lackiert und emailliert, **Gaggenauer Gas-Spar-Kochplatten, Bügelöfen, Bügeleisen, Emaille, Inoxydierte** und **Diamant-Kochgeschirre. Oefen** aller Art in großer Auswahl unter Garantie zu sehr billigen Preisen.

Ernst Marx,
Rankestraße 24.
Mein Geschäft befindet ab 1. April
Luisenstraße 45 (Laden).

Warnung.

In Nr. 21 der Badischen Landeszeitung vom 13. Januar ds. Js. ist ein Inserat erschienen, in dem eine Schrift von Dr. med. G. K. Braun über Krebs-, Gallenstein-, Magen-, Leberleiden und ihre Heilung angepriesen wird. Diese Schrift ist lediglich eine marktschreierische Reklame für das Krebsheilmittel des A. Stroop in Neuenkirchen, vor dem wir schon im Mai 1904 gewarnt haben.

Dieses angeblich seit 150 Jahren im Alleinbesitz der Familie Stroop befindliche Heilmittel, bestehend aus drei Pulvern, die nach der Gebrauchsanweisung unter Anwendung einer geheimnisvollen, an mittelalterlichen Aberglauben erinnernden Prozedur in bestimmten Zeiträumen nacheinander eingenommen werden müssen, hat bei wirklichen Krebsleiden keinerlei heilenden Einfluß. Die von Braun empfohlene Kur ist umso verwerflicher, als über dieselbe die kostbarste Zeit für wirksame ärztliche Hilfe verloren geht.

Wir warnen deshalb eindringlich vor dem Bezug des Stroop'schen Pulvers. 673

Karlsruhe, den 13. Februar 1906.
Ortsgesundheitsrat:
Schnetzler. Dietrich.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

13. Febr.: Robert, V. Wend. Graf, Postbote. Hermann Philipp, V. Ph. Wahl, Fabrikarbeiter. 14.: Emil, V. August Dickgießer, Kutscher. 15.: Friedrich, V. Friedrich Weber, Wirt. Arno, V. Jak. Neureuther, Pflästerer. 16: Erna Amanda, V. Adolf Darstein, Mechaniker. Klara Theresia, V. Josef Echtle, Schreiner. Luise Emilie, V. Emil Schötzau, Bureaugehilfe. Simon, V. Moses Flegenheimer, Kaufmann. 17.: Anna Bertha, V. Anton Huber, Obsthändler. Karl Georg Albert, V. Karl Hofmann, Schlosser. 18: Johann, V. Albert Kropf, Weißgerber 19.: August Julius, V. August Hinkelmann, Schlosser. Maria Antonie, V. Johann Jörg, Gipser.

Eheaufgebote:

10 Febr.: Max Flechsig von Treuen, Hofmusiker in Mannheim, mit Käthchen Schönleber von hier. Jakob Gräber von hier, mit Pauline Rüth von Pforzheim. 13.: Jakob Vogel von Gemmingen, Wirt hier, mit Josefine Harff von Köln. August Oebel von Walsheim, Schlosser hier, mit Anna Diehl von Durmersheim. Emil Gramlich von Scheringen, Fuhrunternehmer hier, mit Anna Wiesendanger von Eschelbach. Gustav Burger von Durlach, Kanzleiassistent hier, mit Emma Hodel von hier. Hans Illiger von Haferbeck, Großh. Hofschauspieler hier, mit Emilie Flashar, Schauspielerin von Hamburg. 15: Josef Gottschalk von Ullersdorf, Privatier hier, mit Margarete geborene Beckert, gesch. Müller von Pietigheim. 17.: Wilhelm Wurster von hier, Schlosser hier, mit Sofie Bernauer von Asbach. Franz Zeller von hier, Kaufmann hier, mit Albertine Trapp von Weingarten. Eduard Falk von Newyork, Kapellmeister in Berlin, mit Ella Berger von Basel. Heinrich Schuster von Stetten, Bierführer hier, mit Emma Lang von Spöck.

Eheschließungen:

10. Febr.: Wilhelm Meier von hier, Dr der Rechte und Rechtspraktikant in Durlach, mit Doris Dietz von Krefeld. Gottlob Schwarz von Oberboihingen, Kupferschmied hier, mit Anna Geyer von Ober-Oberboihingen. Ludwig Schaier von hier, Schreiner hier, mit Therese Zeiser von Heidelberg. Friedrich Krames von hier, Rangierer hier, mit Frieda Stahl von hier. Eugen Deyhle von Stuttgart, Küchenchef hier, mit Lina Geppert von Büchig. Friedrich Heiß von Daisbach, Schneider hier, mit Karoline Lupold von Waibingen. 13.: Heinrich Büchler von Ittlingen, Bäckermeister hier, mit Paulina Heininger von Babstadt. Josef Bläß von Ladenburg, Gendarm in Gernsbach, mit Katharine Hammer von Durmersheim. 15.: Albert Firnles von Bretten, Tapezier hier, mit Josefine Kiefer von Bruchhausen. Rudolf Lubynski von Agram, Architekt in Freiburg, mit Hilda Münzer von hier. 17.: Emil Krüger von Danzig, mit Emma Marx von Ohrdruf. Georg Hübener von Rheinfelden, Werkmeister hier, mit Bertha Stug von Grötzingen. Karl Hans von Dettweiler, Schreiner hier, mit Pauline Wahl von Sigmaringen. Georg Hauser von Zell-Weierbach, Hausdiener hier, mit Margarethe Daull von Oberriechtach. August Riel von Neudenau, Schneider hier, mit Luise Schmidt Witwe von Hügelsheim. Heinrich Gebert von Schwaigern, Schneider hier, mit Josefine Anselm von hier. Fritz Bading von Barum, Schutzmann hier, mit Sofie Schmid von Ahausen. Heinrich Gerhardt von Limburg a. R., Korrektor in Rockenhausen, mit Wilhelmine Sommer von Bretten. 20.: Stefan Koreimann von Villach, Schreiner hier, mit Anna Holzwarth von Rabburg. Friedrich Hopf von Oberstetten, Kaufmann hier, mit Josefine Eigelshoven von Aachen. Albert Schuh von Unter-Schwandorf, Blechner hier, mit Elisabeth Heinrich von Malsch. Georg Greve von Lindau, Kunstmaler allda, mit Luise Ambos von hier